

/// Die Bundestagswahl 2021

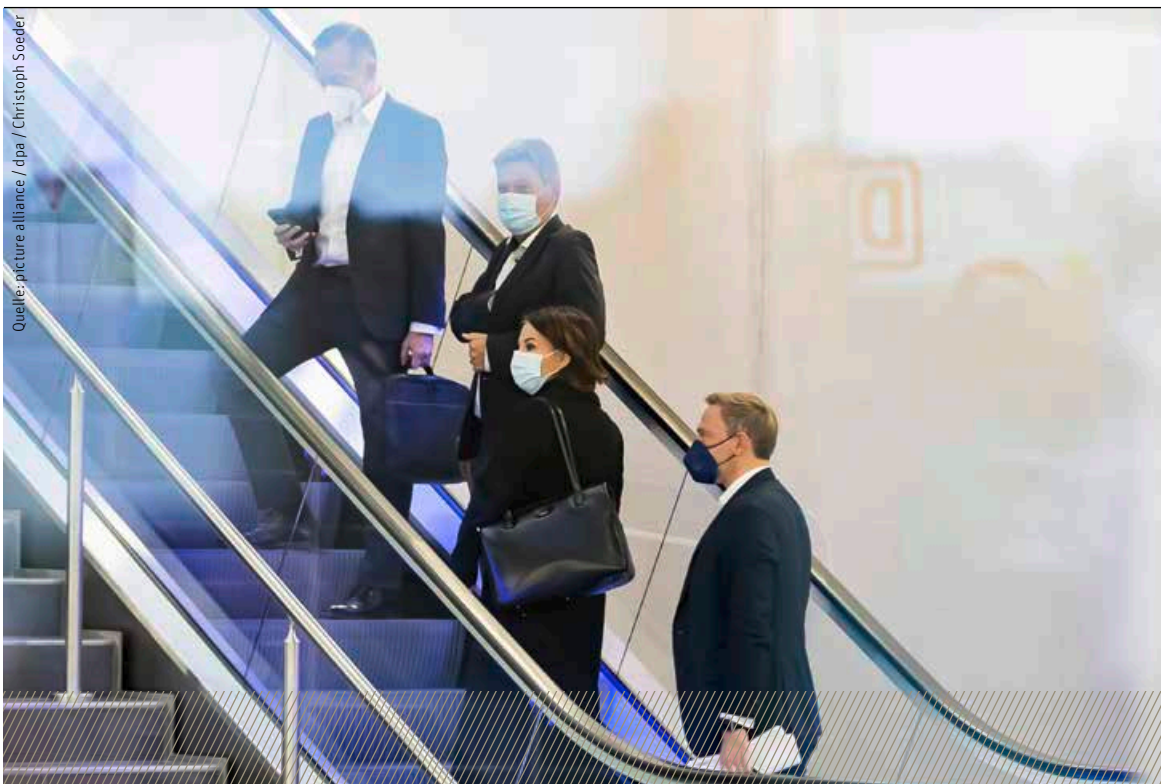
WECHSELSTIMMUNG UND DYNAMISCHE VOLATILITÄT

GERHARD HIRSCHER /// Nach der Bundestagswahl sind nur noch Dreierbündnisse möglich. Ein Linksbündnis aus SPD, Grünen und Linken konnte verhindert werden. Sicher ist, dass FDP und Grüne die Regierung bilden werden. Die SPD, die in den Wochen vor der Wahl stark aufgeholt hat, hat gute Chancen, an der Spitze der Bundesregierung zu stehen. Wenn das der Union nicht gelingt, ist eine Neuausrichtung der CDU unausweichlich.

Offenes Rennen bis zum Ende

Die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021 werden in die Geschichtsbücher eingehen. Von Anfang an war klar, dass sie anders ablaufen würden als alle Bundestagswahlen zuvor. Die amtierende Bundeskanzlerin trat nicht mehr zur Wiederwahl an – das hatte es in den letzten Jahrzehnten noch nie gegeben. Die Regierungspartei trat mit einem Spitzenkandidaten Armin Laschet an, der erst kurz zuvor mit knapper Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. Seine Kandi-

datur war innerhalb der Union keinesfalls unumstritten; im April 2021 war auch innerhalb der CDU die Unterstützung für den Bayerischen Ministerpräsidenten sehr groß gewesen. Dennoch war die Ausgangslage für CDU und CSU in den ersten Monaten des Wahljahres gut. Die Bewältigung der Coronapandemie und ihrer Folgen wurde in der Öffentlichkeit zu großen Teilen der Bundesregierung und dort der Union sowie in den Ländern vielen Ministerpräsidenten, in Bayern vor allem Markus Söder und der CSU, zu Gute gehalten.



Die kleinen Koalitionspartner FDP und Grüne entscheiden, wer in Deutschland die nächste Regierung anführt (v. l.: Volker Wissing / FDP, Robert Habeck / Grüne, Annalena Baerbock / Grüne und Christian Lindner / FDP).

Es blieben viele Unsicherheiten. Die Corona-Pandemie ließ erwarten, dass die Bundestagswahl oder mindestens der größte Teil der Vorbereitung und des Wahlkampfes im Lockdown und Homeoffice durchgeführt werden müsste. Nach den Lockerungen ab Juli 2021 war dieses Szenario nicht ganz so dramatisch zu erkennen. Aber die Unsicherheiten erstreckten sich auf den gesamten politischen Raum und schienen

immer neue Perspektiven zu eröffnen. Nachdem die Grünen im Frühjahr 2021 ihre Spitzenkandidatin gekürt hatten, erreichten sie in den Umfragen neue Höchststände und es erschien kurzfristig sogar möglich, dass sie die führende Partei in einer Regierungskoalition unter der Bundeskanzlerin Annalena Baerbock stellen könnten. Doch diese Konstellation wurde rasch unwahrscheinlicher, vor allem, nachdem die Kandidatnkür in der Öffentlichkeit nicht durchwegs als optimale Lösung gesehen wurde. Es wurden auch die Stimmen lauter, die für die Grünen konstatierten, dass Baerbocks Konkurrent Robert Habeck mehr Chancen haben würde.

Doch die Union stand vor einer ähnlichen Situation. Auch bei CDU und CSU wurde (intern wie in der Öffent-

Die Bundestagswahl im September 2021 war AUßERGEWÖHNLICH.

lichkeit) immer wieder spekuliert, dass mit dem Spitzenkandidaten Markus Söder eine bessere Ausgangslage zu verzeichnen wäre. Diese Parallelität zeigte sich in der Folge auch in der Kritik an diesen Spitzenkandidaten, denen einige (vermeintliche oder tatsächliche) Fehltritte unterstellt wurden, was die Diskussionen weiter anheizte.

Diese (vor allem demoskopisch unterfütterte) Schwäche mündete in den letzten Wochen vor der Wahl in eine bislang ungekannte Dynamik. Der Spitzenkandidat der SPD, Finanzminister Olaf Scholz, wurde in den Umfragen immer populärer und zog seine Partei mit nach oben. Er war zwar schon im August 2020 von seiner Partei als Spitzenkandidat nominiert worden, was aber angesichts des damaligen Zustandes der SPD eher mit mitleidigem Lächeln konstatiert wurde – schließlich war er bei der Wahl zum Vorsitzenden bei einer Abstimmung unter den Mitgliedern unterlegen. Aber kurz vor der Wahl war er der Kandidat, dem die meisten Wähler und auch die eigenen Parteianhänger am ehesten das Amt des Bundeskanzlers zutrauten.

Doch die Kandidaten wie die Parteien gerieten mit sich näherndem Wahltermin in einen Strudel der Volatilität, der genaue Prognosen immer noch schwerer machten. Dazu trug auch die zu erwartende Steigerung der Briefwahl bei. Es war ein Rekordwert an Briefwählern von über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen zu erwarten, ein Trend, der seit Jahren zu verzeichnen war und durch Corona noch deutlich verstärkt wurde. Ab Ende August konnten diese Stimmen abgegeben werden – unklar war, welchen Verlauf dies auf den Wahlkampf und den Endspurt bedeuten würde. Generell war nicht abzusehen, wie

sich der über Monate fehlende direkte Kontakt der Politiker und Parteien mit den Bürgern auswirken würde und welche Rolle umgekehrt die gesteigerte Kommunikation über die klassischen Medien wie online haben würde.

Je näher der Wahltermin rückte, umso mehr VOLATILITÄT war festzustellen.

Sicher schien vor der Wahl nur, dass die neue Bundesregierung wieder von einer Koalitionsregierung gestellt werden würde. Dabei hat sich die Anzahl möglicher Kombinationen in den letzten Jahren ohnehin erhöht. In den Ländern regieren mittlerweile sehr unterschiedliche Bündnisse. Ausgeschlossen ist die AfD und war auf Bundesebene bis vor kurzem auch die Linke, aber auch letztere Gewissheit galt in dieser Situation möglicherweise nicht mehr. Vor dem Wahltermin schienen sowohl Koalitionen unter Führung der Union als auch unter Führung der SPD möglich und diese hatte ein Bündnis unter Einschluss der Linken nicht ausgeschlossen.

Entwicklung der demoskopischen Lage: Wechselhafte Grundstimmung

Seit der Bundestagswahl vom 24. September 2017 (CDU/CSU: 32,9 Prozent) blieben die Umfragewerte für die Union bundesweit bis Frühjahr 2018 etwa auf diesem Niveau. Im Lauf des Jahres 2018 gingen sie deutlich zurück auf 25 Prozent im Oktober (Infratest dimap). Bis

Frühjahr 2019 stiegen sie wieder an, blieben aber meistens unter 30 Prozent und erreichten nicht den Wert der Bundestagswahl 2017. Anschließend gingen sie wieder zurück und lagen im Bereich zwischen 25 Prozent und 28 Prozent (Infratest dimap). Angesichts der schwierigen Regierungsbildung (neue Koalition mit der SPD nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit Grünen und FDP im Herbst 2017) waren diese Schwankungen normal – ein Rückgang bei Regierungsparteien in der Mitte der Legislaturperiode ist die Regel. Die SPD, die 2017 auf 20,5 Prozent gekommen war, hatte relativ noch stärkere Rückgänge zu verzeichnen und sank bis auf einen demoskopischen Tiefstwert von 13 Prozent.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen sorgten bei CDU und CSU wieder für bessere Zahlen: Ab März 2020 war ein Anstieg auf Werte erst um 30 Prozent und ab April 2020 deutlich darüber zu verzeichnen. Infratest dimap ermittelte im Mai 2020 39 Prozent und für den Rest des Jahres meistens Werte von 35 Prozent und 36 Prozent. Ab Ende 2020 gingen die Werte leicht zurück und fielen im März 2021 deutlich unter 30 Prozent. Andere seriöse Institute haben ähnliche Ergebnisse publiziert. Bemerkenswert ist, dass die SPD in dieser Zeit keine Verbesserung zu verzeichnen hatte; sie stagnierte zwischen 14 Prozent und 16 Prozent. Gleichzeitig lagen die Grünen seit Ende 2018 permanent über den Werten der SPD.

Die Kandidatensuche bei Union wie bei Grünen brachten eine neue Dynamik in die Entwicklung. Während die SPD ihren Spitzenkandidaten Olaf Scholz schon im August 2020 nominiert hatte (was sich bislang nicht positiv auf die Umfragewerte ausgewirkt hatte), stellten

Union und Grünen im Frühjahr 2021 ihre Kanzlerkandidaten auf. Bei den Grünen setzte sich Annalena Baerbock gegen Robert Habeck durch, der in der Folge höhere Beliebtheitswerte verzeichnen konnte. In der Union wurde Armin Laschet nominiert, der erst im Januar 2021 in einer Online-Kampfabstimmung knapp den Kampf um den Vorsitz der CDU gewonnen hatte. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder, der auch zur Verfügung gestanden hatte, wurde (trotz großer Unterstützung aus den Reihen der CDU) nicht nominiert. Auch seine Beliebtheitswerte lagen in der Folge über denen des Spitzenkandidaten.

Die NOMINIERUNG der Kanzlerkandidaten bei der Union und den Grünen erfolgte relativ spät.

Nach der Entscheidung um die Kanzlerkandidatur hatten sich die demoskopischen Werte für die Union weiter verschlechtert und sanken auf 23 Prozent, stiegen dann aber wieder auf 28 Prozent an. Dies wäre immer noch ein Wert deutlich unter dem Resultat der letzten Bundestagswahl gewesen, bedeutete aber einen Vorsprung gegenüber allen anderen Parteien. Die Grünen stiegen im Mai noch kurzfristig auf 26 Prozent an, fielen dann aber kontinuierlich weiter zurück. Die SPD stagnierte auf niedrigem Niveau. Der stärkste Profiteur dieser Entwicklung war die FDP, die ab Frühjahr 2021 kontinuierlich über der 10-Prozent-Marke abschnitt, während

AfD und Linke stagnierten oder sogar Verluste zu verzeichnen hatten.

Im August entwickelte sich die Lage in einer bislang nicht gekannten Dynamik. Die Union fiel weiter auf Rekord-Tiefstwerte zurück und wurde von der SPD, die sich von 15 Prozent auf 25 Prozent steigerte, überholt. Auch die Grünen gingen zurück, die FDP blieb auf hohem Niveau, die AfD stagnierte über 10 Prozent und die Linke wurde mit 6 Prozent nur mehr knapp vor der 5-Prozent-Hürde gemessen; der Anteil der „Sonstigen“ Parteien blieb bei 8 Prozent hoch. Aber nicht nur das: Olaf Scholz überholte Armin Laschet in der Popularität und wenige Wochen vor der Wahl wurde mehrheitlich eine von der SPD geführte neue Bundesregierung begrüßt, was schon sehr lange nicht mehr zu verzeichnen war. Die grundsätzlich vorhandene Wechselstimmung zu Ungunsten der Union nahm weiter zu. Gleichzeitig zeichneten sich auch in den Bundesländern deutlich verbesserte SPD-Werte in Umfragen ab, was für die ebenfalls am 26. September stattfindenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin einen Wahlsieg der SPD erwarten ließ.

Nach dem CSU-Parteitag am 10./11. September in Nürnberg, bei dem Laschet mit großem Beifall bedacht wurde, stieg seitens CDU und CSU die Hoffnung auf eine Trendwende in den Umfragen, die sich aber bei den meisten Instituten bis zum Wahltag nicht deutlich abzeichnete. Wenige Tage vor der Wahl schien es angesichts der demoskopischen Lage aber am wahrscheinlichsten, dass die Union vor dem Gang in die Opposition stünde. In jedem Fall schien eine Koalition aus drei Parteien unausweichlich zu sein. Selbst ein Vorsprung von CDU und CSU vor der SPD wäre aber keine Garantie dafür gewesen, dass

die Union wirklich eine neue Bundesregierung anführen hätte können. Eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP schien möglich. Sogar ein rot-rot-grünes Bündnis schien denkbar, weswegen CDU und CSU ihre letzten Wahlkampf-aussagen stark darauf fokussierten („Linksrutsch verhindern!“).

Die letzten Wochen vor der Wahl war die demoskopische Lage sehr WECHSELHAFT.

Das Wahlergebnis und die Konsequenzen: Dreierbündnis ohne Union möglich

Wie in allen Umfragen bis kurz vor der Wahl landete die SPD auch beim vorläufigen amtlichen Endergebnis mit 25,7 Prozent (205 Mandate) vorne. CDU und CSU zusammen kamen auf 24,1 Prozent (197 Mandate), das bislang schlechteste Ergebnis bei Bundestagswahlen. An Zweitstimmen erhielt die Union 11.178.298. Das war ein Verlust von 4.139.046 Stimmen gegenüber 2017 und bedeutete einen Rückgang um über 27 Prozent. An Erststimmen holte sie 13.239.527, auch das ein Rückgang um etwa 27 Prozent. Potenzielle Koalitionspartner sind zuerst die Grünen (14,8 Prozent und 118 Mandate) sowie die FDP (11,5 Prozent und 92 Mandate), während die AfD (10,3 Prozent und 82 Mandate) von vornherein ausgeschlossen war. Die Linke kam nur auf 4,9 Prozent (bekommt aber wegen der Grundmandateregulierung trotzdem 39 Mandate),

aber ein Bündnis mit ihr wäre aufgrund dieser Werte rein numerisch für SPD und Grüne nicht mehr möglich. Die sonstigen Parteien kamen auf 8,1 Prozent, blieben aber ohne Mandate, während der Südschleswigsche Wählerverband aufgrund einer Sonderregelung im Wahlrecht 1 Mandat erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,6 Prozent und damit etwas höher als 2017. In Bayern lag sie sogar bei 79,8 Prozent.

Die CSU kam in Bayern auf 31,7 Prozent (bundesweit 5,2 Prozent) – immerhin klar über den letzten Umfragen, die sie bei 28 Prozent gesehen hatten, aber das war auch in Bayern das bislang schlechteste Resultat bei Bundestagswahlen. Ein großer Erfolg ist der Gewinn von 45 der 46 bayerischen Direktmandate. Auch da hatten manche Beobachter bis kurz vor der Wahl den Verlust mehrerer Sitze prognostiziert. So wurde wenige Wochen vor der Wahl über den Verlust fast sämtlicher Direktmandate in den Großstädten in Bayern spekuliert. Die SPD kam auf 18,0 Prozent, die Grünen auf 14,1 Prozent, FDP auf 10,5 Prozent, AfD auf 9 Prozent, die Linke auf 2,8 Prozent und die Sonstigen auf 13,9 Prozent (darunter die Freien Wähler mit 7,5 Prozent). Ob die CSU der nächsten Bundesregierung angehört, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Sowohl ein Bündnis der SPD mit Grünen und FDP wäre möglich als auch eines aus Union und diesen beiden Parteien; ebenso eine Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und SPD. So oder so wird die CSU in einer neu sortierten Union eine wichtige Rolle einnehmen.

Für die SPD bedeutete dieses Ergebnis einen relativen Erfolg. Sie erhielt zwar auch eines ihrer schlechtesten Resultate bei Bundestagswahlen, aber angesichts der lange bei 15 Prozent verhar-

Das WAHLERGEBNIS schließt ein rot-rot-grünes Bündnis aus.

renden Umfragewerte war ihr Anstieg in den Wochen vor der Wahl kaum zu erwarten gewesen. Sie blieb damit vor der Union, die sich immerhin von demoskopischen Tiefstwerten von 19 Prozent bis zum Wahltermin deutlich verbessern konnte. FDP und AfD brachten die angesichts der Umfragen erwartbaren Ergebnisse ein, während die Grünen zwar deutlich besser als 2017 abschnitten, aber angesichts von Umfragewerten, die sich lange Zeit bei 20 Prozent und darüber bewegten, ihr Potenzial offensichtlich nicht ausschöpfen konnten.

Die Linke verpasste sogar die 5-Prozent-Marke und kam aufgrund dreier Direktmandate nur wegen der Grundmandateregulierung wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag. Damit war eine rot-rot-grüne Regierung nicht mehr möglich. Dies war das Ziel der Schlusskampagne der Union gewesen („Linksrutsch verhindern!“). Die Freien Wähler scheiterten bundesweit mit 2,4 Prozent klar an der 5-Prozent-Hürde, holten aber in Bayern immerhin 7,5 Prozent. Vor allem in Bayern, aber auch in anderen Teilen Deutschlands dürfte dies teilweise zu Lasten von CDU und CSU gegangen sein.

Das Resultat für die Union weist eine ähnliche Struktur wie bei anderen Wahlen der letzten Jahre auf: Unterdurchschnittlich schnitt sie bundesweit laut Infratest dimap bei Arbeitern ab (19 Prozent) und besonders bei Angestellten (19 Prozent, dort mit starken

Verlusten). Bei den Arbeitslosen holte sie 14 Prozent, bei den Rentnern überdurchschnittliche 34 Prozent, was aber auch einen Verlust von 7 Prozentpunkten gegenüber 2017 bedeutete. Lediglich bei Beamten und Selbständigen konnte ein etwas überdurchschnittliches Ergebnis erzielt werden (laut FG Wahlen 28 Prozent bzw. 29 Prozent). In den Altersgruppen kam sie laut Forschungsgruppe Wahlen bei den unter 30-Jährigen nur auf 11 Prozent (hinter Grüne, FDP und SPD), den 30-44-Jährigen auf 19 Prozent, den 45-59-Jährigen auf 24 Prozent und bei den über 60-Jährigen auf 34 Prozent. In keiner Altersgruppe war sie stärkste Partei, bei den älteren Wählern wurde sie noch von der SPD überholt.

In den Bildungsgruppen hat sie laut FG Wahlen am stärksten bei den Wählern mit Hochschulreife sowie mit Studium verloren. Dort kam sie noch auf 20 Prozent bei einem Verlust von 10 beziehungsweise 11 Prozentpunkten. Die Verluste der Union gingen laut Infratest dimap in alle Richtungen: Am meisten verlor sie an die SPD mit 1,53 Millionen Stimmen. An die Grünen verlor sie 920.000 Stimmen, 490.000 gingen an sonstige Parteien. An die FDP musste sie ebenfalls 490.000 Stimmen abgeben und 50.000 Stimmen gingen an die Nichtwähler. Lediglich von der AfD konnte sie netto 80.000 Stimmen gewinnen, zusätzlich 20.000 von der Linken. Dies deutet auf eine breite Mobilisierungsschwäche hin, die sich nicht nur auf eine politische Richtung erstreckt. Hinzu kommt die Überalterung der Wählerschaft. Laut Infratest dimap verstarben 1.100.000 Unionswähler von 2017, die nur durch den Gewinn von 210.000 Jungwählern ersetzt werden konnten. Es blieb also ein Nettoverlust von 890.000 Stimmen an den Generationenwechsel.

Die SPD musste zwar 260.000 Stimmen an die Grünen und 120.000 Stimmen an sonstige Parteien abgeben, gewann aber dafür von allen anderen Parteien Stimmen hinzu. Außerdem war ihr Verlust an den Generationenwechsel mit 380.000 nur halb so groß wie der bei der Union. Die AfD verlor auf breiter Front, konnte aber 90.000 Stimmen von der Linken abziehen. Die Liberalen profitierten von Zugewinnen von der Union, aber auch von AfD und Die Linke. Die Linke verlor in alle Richtungen, während bei den Grünen Zuwächse aus allen Richtungen zu verzeichnen waren – neben den 930.000 Stimmen von der Union 480.000 von der Linken und 260.000 von der SPD.

In allen Kompetenzbereichen musste die Union Verluste verzeichnen (Infratest dimap): Kriminalitätsbekämpfung 35 Prozent (-15 Prozent), Wirtschaft 32 Prozent (-25 Prozent), Außenpolitik 32 Prozent (-17 Prozent), Gesundheitspolitik 24 Prozent (-8 Prozent), Asyl- und Flüchtlingspolitik 23 Prozent (-15 Prozent), Steuerpolitik 21 Prozent (-14 Prozent) und Altersversorgung 20 Prozent (-10 Prozent). Die SPD lag in den Bereichen Steuerpolitik, Altersversorgung, Angemessene Löhne und soziale Gerechtigkeit deutlich vor der Union (dort 40 Prozent zu 15 Prozent). Dies ist deswegen bedeutend, weil dieses Thema von allen Befragten als wichtigstes genannt wurde (28 Prozent).

Die Union hat die WÄHLERRELEVANTEN Themen zu wenig bespielt.

Es folgten Umwelt/Klima mit 22 Prozent, Wirtschaft/Arbeit mit 22 Prozent und Umgang mit Corona mit 7 Prozent.

Offenbar wurden diese Themen in dieser Relevanz und Reihenfolge seitens der Union nicht adäquat berücksichtigt. Allerdings hatte schon eine GMS-Umfrage der Hanns-Seidel-Stiftung vom Frühjahr 2021 festgestellt, dass dies neben Corona das wichtigste Themenfeld für die Befragten war: Dort nannten unter den für die Wahlentscheidung relevanten Themen 85 Prozent die erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie, 84 Prozent Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und 80 Prozent erfolgreiche Maßnahmen zum Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft.

Wahrscheinlich wird nach dieser Bundestagswahl erstmals ein Regierungsbündnis aus drei Parteien gebildet. Eine rot-rot-grüne Regierung ist rechnerisch nicht möglich und dies war möglicherweise der größte Erfolg der Wahlkampagne der Union, die am Ende des Wahlkampfes (auch in der Plakatierung) damit warb, einen „Linksrutsch“ zu verhindern. Eine erneute Koalition aus CDU, CSU und SPD wäre möglich, aber politisch kaum vorstellbar. Anders als 2017 bieten sich zwei realistische Möglichkeiten an: Eine Koalition mit den Partnern Grüne und FDP – angeführt entweder von SPD oder CDU und CSU. Angesichts des Vorsprungs der SPD dürfte eine von ihr angeführte Koalition zunächst im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, zumal diese auch in den Umfragen vor der Wahl die von den Wählern am stärksten präferierte Konstellation war.

Unabhängig vom Ausgang dieser Verhandlungen wird der Verlauf des Wahlkampfes und der Ausgang der Wahl noch lange für Diskussionen sorgen. Anders als bei vielen Bundestagswahlen in der

Der Wahlkampf wurde von einer
THEMENPLURALITÄT mit wechselnder
Relevanz bestimmt.

Vergangenheit wurde diese Wahl nicht von einem Thema dominiert. Bis zuletzt standen mehrere Themen auf der Agenda, deren Relevanz sich immer wieder verschoben hat. Nach dem Rückgang der Bedeutung des Themas Migration nach der Bundestagswahl 2017 wurden im Laufe des Jahres 2019 die Themen Umwelt und Klima immer bedeutender. Im Zuge der „Fridays-for-Future“-Demonstrationen stiegen die demoskopischen Werte für die Grünen stark an. Zu dieser Zeit hätte eine Bundestagswahl wohl zu einer schwarz-grünen Bundesregierung geführt, da die Grünen wegen der Schwäche der SPD mit dieser keine Machtperspektive gehabt hätten.

Hätte die Bundestagswahl Ende 2020 oder Anfang 2021 stattgefunden, dann hätte die Union wegen ihrer Erfolge in der Bundesregierung (und nicht zuletzt der Bayerischen Staatsregierung) bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie zu dieser Zeit auch eine klassische bürgerliche Koalition mit der FDP eingehen können; ein Bündnis mit den Grünen wäre ohnehin möglich gewesen. Nach dem Ende des Corona-Lockdowns brachten die Überschwemmungen im Juli 2021 einen Anstieg der Bedeutung der Klimathematik, ohne dass die anderen Themen aus der Agenda verschwunden wären. Schließlich bekam das Thema Soziale Gerechtigkeit immer mehr Momentum.

Von dieser Pluralität der Themen profitierten zunächst eher die Oppositionsparteien Grüne und FDP (vielleicht auch Kleinparteien wie die Freien Wähler), mit näher rückendem Wahltermin dann aber vor allem die SPD, die ihre Kompetenzwerte insbesondere in den Themenfeldern um die Soziale Gerechtigkeit verbessern konnten. Eine inhaltliche Themenführerschaft in den meisten dieser relevanten Felder konnte die Union nicht mehr aufbauen.

Hinzu kommt die Frage nach dem Personal. Sowohl bei der Union wie bei den Grünen wurde kurze Zeit nach der Entscheidung für die jeweiligen Spitzenkandidaten im April 2021 deutlich, dass ihre jeweiligen Rivalen in den Umfragen besser abschnitten. Zwar sind solche Daten hypothetisch, da nur die nominierten Kandidaten auch als mögliche Kanzler präsentiert wurden und daher stärker im Mittelpunkt harter Auseinandersetzungen mit der Konkurrenz stehen. Dennoch wirkte die starke Differenz in der Bewertung von Robert Habeck gegenüber Annalena Baerbock einerseits und Markus Söder gegenüber Armin Laschet andererseits immer verstörender auf große Teile der Wählerschaft. Dies hatte zur Folge, dass kurz vor dem Wahltermin der SPD-Kandidat immer mehr aufholen konnte und insgesamt positiv bewertet wurde, während Baerbock und Laschet eher negativ beurteilt wurden. Damit hat Olaf Scholz wohl auch die Werte der SPD mit nach oben gezogen, die lange Zeit von den Demoskopern noch weit unter dem schlechten Resultat von 2017 bewertet worden war. Auch in den gleichzeitig stattfindenden Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat die SPD davon profitiert.

Nicht nur bei den Grünen, sondern sicher auch bei CDU und CSU wird die

inhaltliche und personelle Strategie für die Bundestagswahl intensiv diskutiert werden. Hätte ein anderer Spitzenkandidat ein besseres Ergebnis erzielt? Hätte eine andere thematische Schwerpunktsetzung im Wahlkampf versucht werden sollen? Die Grünen können diese Diskussion immerhin aus einer Position der Stärke herausführen. Sie haben zugelegt (wenn auch bei weitem nicht so viel wie erhofft) und können sich mit den Liberalen einen Koalitionspartner aussuchen. Bei der Union könnte die Lage eintreten, dass diese Diskussion aus der Opposition heraus geführt werden muss.

Aber der Blick zurück auf 1998 zeigt: Nach dem Ende der Ära Helmut Kohl und dem Gang in die Opposition folgte 2002 die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers für die Union, die mit einem hervorragenden Ergebnis nur knapp scheiterte. Im Jahr darauf holte die CSU in Bayern bei der Landtagswahl einen historischen Sieg und eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Mandate. Vielleicht bedeutet das Ende der Ära Merkel für die Union und vor allem für die CSU einen Schritt in eine neue Welt, die andere Chancen für die Zukunft eröffnet. ///



/// DR. GERHARD HIRSCHER
ist Leiter der Stabsstelle Grundlagen der Demokratie, Parteienentwicklung, Wahlforschung in der Hanns-Seidel-Stiftung, München.